

„Der Courier“
Organ der deutschsprachigen Kanadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Gesamtherausgeber von der
WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED
3. E. GEMMANS, Geschäftsführender Direktor.
BENJAMIN BELL, Ubersetzer.
Vertriebsleiter: 1835-1837 Dallas Street, Regina, Sask.
Witwenausgabe 12-24 Seiten fast.

„DER COURIER“
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN. LTD., joint stock company, at its office and place of business, 1835 Dallas Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EMMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Kampf um die Gleichberechtigung.

Kege Anteilnahme am öffentlichen Leben des Landes, der Provinz und Gemeinde sollte als eine Hauptaufgabe eines jeden Bürgers deutscher Abstammung gelten. Es genügt nicht, bei jeder Gelegenheit unteren Aufbruch zur Gleichberechtigung zu betonen, denn unser Land wie in der Schöpfung zu liegen und abzumachen, bis uns die anderen Mitbürger gütigst die geforderten Rechte einräumen. Zu können wir warten bis zum Nimmerleinstag. Nur durch ernstes Ringen und unter Umständen sogar durch offenen Kampf vermögen wir uns durchzusetzen.

In den westlichen Provinzen finden in den nächsten Wochen oder Monaten die Neuwahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten, zu den Schul- und Hochschullehrerämtern statt. Allermehr werden schon eifrig Vorbereitungen getroffen. Kandidaten werden ernannt oder genannt und offen oder versteckt finden die Trübsüßiger die Wähler einzunähen. Wir können an diese Vorgänge nicht gleichgültig und teilnahmslos vorübergehen. Wir sollten so gar darauf achten und durch fleißige und kluge Vorbereitungsarbeit dafür sorgen, daß wir als deutschsprachige Bürger ebenfalls zum Zuge kommen. Nicht es nicht geradezu bestim�men sein, wenn wir uns immer nur von anderen regieren lassen, ohne selbst ernsthaft zu versuchen, auf deutschsprachige Kandidaten durchzuführen? Haben wir unter uns oder unter unseren Kindern, die hierzulande aufgewachsen sind und die canadischen Schulen besucht haben, nicht auch fähige und charakteristische Männer, die einen Sitz im Municipalarat, im Stadtrat, im Schulrat zu übernehmen können? Wir sind sogar davon überzeugt, daß manche deutschsprachigen für Amt gewinnlicher, unparteiischer und tüchtiger werden würden als die bisherigen Inhaber. Warum uns dann in den Hintergründen lassen? Haben wir bisher nicht ebenso wie die anderen unsere Schul- und Munizipalschulen besucht und unsere Bürgerpflichten treu erfüllt? Welche Pflichten, aber auch gleiche Rechte! Das muß unsere Forderung sein, und nach dieser Forderung müssen wir zielbewußt handeln.

Finden sich in unseren Reihen geeignete Männer, die über die nötigen Charaktereigenschaften und die erforderlichen Fähigkeiten verfügen, dann sollten wir ohne Bedenken und ohne ängstliche Rücksichtnahme auf andere die dazu bewegten, sich als Kandidaten aufstellen zu lassen. Doch damit ist es nicht getan. Das Wichtigste ist, daß wir auch geschult und tauglich für die Erhaltung unserer Volksgenossen eintreten und am Wahltag selbst für sie stimmen. Kleinliche Geringschätzung, erbärmlicher Neid und verächtliche Bemerkungen müssen hinweg sein, wenn es darum geht, unseren Einfluß im öffentlichen Leben zu stärken. Jeder Botschaft, den wir erobert, kann ein Fortschritt zu weiteren und größeren Erfolgen sein. Haben wir uns in den Munizipalitäten, in den Stadtverwaltungen und Schulräten durchgesetzt, dann mag vielleicht auch einmal der Tag kommen, an dem wir einen deutschsprachigen Abgeordneten in die Provinzlegislatur oder in das Dominionparlament entsenden können.

Jeder, der die hervorragenden Verdienste unserer deutschsprachigen Pioniere um die Entdeckung und den Aufbau Canadas richtig zu beurteilen weiß, muß es lebhaft bedauern, daß wir bisher im öffentlichen Leben der westlichen nicht genügend Einfluß besitzen. Wenn es sich darum handelt, uns abzumischen, Strapazen und Entbehrungen auf uns zu nehmen, die Kultivierung des Bodens zu fördern, stehen wir an erster Stelle. Wenn es aber um die Verteilung von Ehrenämtern und öffentlichen Ämtern geht, lassen wir uns leider nur zu oft von anderen am Wangenband führen und an die letzte Stelle drängen. Auf das so sein oder nicht sein einmal unserer Macht kommt werden uns der Mut aufbringen, für unsere Gleichberechtigung zu kämpfen und Opfer zu bringen.

Die im Laufe des Herbstes und Winters stattfindenden Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften bieten uns eine ausserordentlich günstige Gelegenheit, einmal mit dem alten System Schluss zu machen und die richtigen Männer aus unseren deutschsprachigen Kreisen auf die richtigen Plätze zu setzen. Kein Hindernis ist unüberwindlich, wenn wir es nur mit der nötigen Entschlossenheit und Klugheit zu nehmen wissen. Darum aufmachen, arbeiten und kämpfen!

Deutsches Geistesgut.

An Sand einer Gesamtübersicht, die Dr. Charlotte Bauschinger im Vorabendblatt für den deutschen Nachbarn gibt, ist ein langsame, aber stetig anwachsendes Interesse des Auslandes an deutschem Geistesgut in Form von Übersetzungen festzustellen. Während Rußland das mit der großen Zahl seiner meist unautorisierten Übersetzungen noch immer die erste Stelle einnimmt, einen nicht unerheblichen Aufschwung zu verzeichnen hatte, hat die Übersetzungstätigkeit in England und den Vereinigten Staaten einen so großen Aufschwung genommen, daß die Zahl der ins Englische Amerikanische überetzten deutschen Werke, als Einheit gerechnet, jetzt größer ist als die der russischen Übersetzungen.

Frankreichs Aufnahmebereitschaft für deutsche Literatur ist verhältnismäßig noch immer sehr gering, doch ist auch hier, ebenso wie in Italien und Spanien, ein steter Fortschritt zu beobachten. Auffallend ist die starke Zunahme der Übersetzungen in der Lichedioskafete, die mit 118 Werken

der schönen Literatur alle anderen Länder übertrifft. Auch die nordischen Länder erziehen sich langsam dem deutschen Lieberzeugungsgut. Das beweist die in Schweden nahezu auf das Doppelte, in Norwegen fast auf das Dreifache gestiegene Zahl, die freilich absolut genommen und im Vergleich zu der Aufnahme nordischer Literatur in Deutschland, noch immer gering ist. Am stärksten ist das Interesse an deutschen abloschleifenden, historischen und biographischen Veröffentlichungen in Amerika.

Englands Notlage.

In England weiß man nicht minder als in Deutschland, daß die Finanznot, in erheblichem Umfang auf Frankreichs Haltung zurückzuführen ist. Aber man spricht davon nicht, aus verdringenden Gründen, die nicht fördert zu werden brauchen. Der Mann auf der Straße, wie man in England die Träger der öffentlichen Meinungen zu nennen pflegt, wird sich genug die Hände wälzen bei dem Gedanken, daß der Bundesgenosse, den im Weltkrieg Englands Engländer vor dem Untergang bewahren half, falltümlich von Eigenmut und Machtgier beherrscht wird. Jeder Engländer fühlt heute am eigenen Leibe die Wirtschaftskrise. Der Aufruhr und Anstand in der britischen Atlantikflotte hat dem ganzen Lande wie mit Willkür den Ernst der Lage gezeigt. Daran wird nichts geändert dadurch, daß im britischen Flottenministerium der der Auflösung der Völkerverträge gemacht worden sind. Die Episode wird nicht ohne Einfluß bleiben auf die Budgetverträge. Eine Welle wird sie auch fesseln bei den Neuwahlen zum Unterhaus. Die Wahlen sollen dieses Mal zum

Berichtstag werden über diejenigen, denen Schuld am Unfall zugeschoben und diejenigen, von denen die Rettungsalaktion des Kapitells McDonalds-Widowenbestimmt wurde.

Ein italienisches Urteil.

Neben den Verfallter Vertrag machte der Vopolo d'Italia das Blatt Arnaldo Mussolini, für sich folgende Ausführungen:
Deutschland wurde wiedergeboren und zur Verweissung gebracht. Die wirtschaftliche, finanzielle und moralische Krise, die dieses große Volk durchmacht, ist unerhört und betragenserragend. Niemand denkt daran, daß eine Not, die so zum äußersten getrieben wird, von neuem eine große Kriegesgefahr darstellt. Österreich wurde zerlegt, aber man ließ einen Bruchteil bestehen mit einem Völkervolk von Hauptstadt, das früher einem Reich von 50 Millionen diene und heute, da es keine Lebensmöglichkeit hat, zwischen innerer Unterordnung und internationaler Parteilichkeit und der Schwarm 30 Millionen geschlafen, aber ohne die Grundzüge einer unabhängigen Wirtschaft. Die politische Indurie, die vor dem Krieg dem alten Italien verlor, liegt heute in einem verweisselten Weltverhältnis, das dem deutschen Frankreich ist gleich, so wie im Lauf der Zeiten angeschlossen sein. Aber es ist ein schmerzlicher Gedanke, der uns befißt, weil die Volksermassen sich nicht entschließen, sich um den härtesten Reichtum Karaganz, der in der Weltgeschichte nur die Bezeichnung hat, daß er eine hebräische und jüdische Welt darstellt. Die im Dienst eines imperialistischen Traums nach Vorderasien zieht, der sich nur durch neue Kriege durchsetzen kann.

Weltumschau

Nachtritt des Außenministers. Dr. Curtius überreichte dem deutschen Reichskanzler Dr. Brüning sein Rücktrittsgesuch. Er hatte den Reichskanzler schon vorher davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus dem Kabinett zurückziehen gedenke, und dieser Erklärung ließ er jetzt den entscheidenden Schritt folgen.

Curtius soll dem geplanten neuen Kabinett nicht wieder angehören. Dagegen sollen drei oder vier neue Minister daran teilnehmen, jedoch Brüning die bescheidendsten politischen Stürme im Reichstag, der wahrscheinlich zahlreiche Mißtrauensanträge mit sich bringen wird, besser überleben kann.

Berichte aus Washington über die Bedingungen, die Deutschland durch die Vereinigten Staaten als Gegenleistung für eine etwaige Verlängerung des Hoover-Memorandum unterlegt werden soll, sind in Berlin der Gegenwart gegenüber, sozusagen, ein höherer Notstand. Man hat an, daß Deutschland die Bedingungen nicht annehmen würde, vorausgesetzt, daß sie in annehmbarer Weise formuliert sind. Sollten allerdings Anmerkungen oder Änderungen im Hinblick darauf gemacht werden, die zu weiteren Verhandlungen führen könnten, so wären Zugeständnisse angebracht. Dies gilt besonders für den politischen Charakter, die Wehrhaushaltsfragen und die Stahlheimdemonstrationen. Den beiden letzten Punkten wird von den Franzosen besondere Aufmerksamkeit zugezollt.

Deutscher Finanzminister resigniert.

Der österreichische Finanzminister Joseph Neßlich hat seine Resignation eingereicht. In Begründung seines nicht unerwarteten Rücktrittsgesuches äußerte Neßlich dem Bundeskanzler Bureida, daß die Lage, die er seiner politischen Partei anhöre, es ihm immer mehr, weiter aktiv im österreichischen Kabinett zu bleiben, ist jedoch bekannt, daß Neßlich kein Mann in Wirklichkeit aus dem Grunde auftritt, weil er nach Amerika zurückgehen will, um seinen Lebensabend an der Harvard Universität wieder zu verbringen. Wahrscheinlich wird er noch im Laufe des Jahres nach Amerika ziehen.

Professor Neßlich übernahm den Posten des Finanzministers am 17. August dieses Jahres, nachdem er zuvor als Vizepräsident der Reichsbank in Amerika und Großbritannien in seiner Finanzspritze zugehört kommen wurde.

Neßlich verriet schon früh den Wunsch, wieder nach Amerika zurückzuführen und verarbeitete auf seinem Posten nur, weil die Lage Österreichs es notwendig erscheinen ließ, daß sein Finanzministerium unter der Leitung eines Mannes stehe, der Vertrauen im Ausland besitzt.

Eine internationale Währungsfrage.

Der Berliner „Montag Morgen“ bringt eine Depesche seines Korrespondenten als Folie, die über einen dort allgemein diskutierten Plan berichtet, als Waffe gegen die gestörten Wirtschaftsverhältnisse der Welt eine internationale Währungsfrage zu schaffen. Nach der Darstellung des Planes in der hiesigen Presse soll als Grundlage für diese Währungsfrage die Summe von \$1.000.000.000 in Gold bei der Welt für internationale Zahlungsausgleichsdepotieren werden, und zwar würde Frankreich ein Drittel und Amerika den größeren Teil der Restsumme hinterlegen. Die Welt für internationale Zahlungsausgleichsdepotieren wird unter die einzahlenden Notenbanken verteilt, die zu 30 oder 50 Prozent durch Gold gedeckt sein werden. Weitere Details konnte aus dem Rollenlauf der verschiedenen Länder gezogen werden.

In Kreisen, die der Weltbank nahesteht, glaubt man, daß der Plan in absehbarer Zeit konkrete Form annehmen wird. Man geht hierbei von der Ansicht aus, daß Amerika und Frankreich unmittelbar auf den Vorschlag von Premier Laval in Washington eine internationale Währungsfrage einberufen werden.

Beitrag für Aufhebung der Reparationen.

Am 1. Juli der Jahresabrechnung der britischen Arbeiterpartei wurde der Beschluß gefasst, neue Gelder zu beschaffen, um die Aufhebung der Reparationen zu betreiben. Der britische Arbeiterpartei-Konferenz wurde der Beschluß gefasst, neue Gelder zu beschaffen, um die Aufhebung der Reparationen zu betreiben. Der britische Arbeiterpartei-Konferenz wurde der Beschluß gefasst, neue Gelder zu beschaffen, um die Aufhebung der Reparationen zu betreiben.

Scharfes Eingreifen der deutschen Regierung.

Neue Notverordnungen umfassen politische, wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen.

Berlin. Die dringlich erdicht-maldischen umstehenden neuen Notverordnungen, die von Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnet und veröffentlicht wurden, werden jeden Deutschen zwingen, sich weiter der größten Einschränkungen zu befehligen.

Es werden auch die regierungsfeindlichen politischen Gruppen jenseits der Welt auf der Hut zu sein, um nicht mit neuen weitgehenden Beschränkungen der Regierung in Konflikt zu geraten. Die noch strengere politische Beobachter zu anspruchsvollen werden können, daß die jetzt fundamentalen Bürgerrechte, wie die Unverletzlichkeit der Person, des Hauses und des Postgeheimnisses anberufen können.

Unter den Noterlassen und Hilfe in die Gemeinden und Länder, um ausländische Gläubiger zu versöhnen, kurzfristige Maßnahmen in langfristige umzuwandeln, Ungleichbehandlung von langfristigen Krediten zwischen Privatfirmen und Angehörigen über Schalter von mehr als 10.000 Mark jährlich, die Zahlung von einem Drittel der Erwerbslosenunterstützung in Kassen, die Entlassung des Restbaus von Vermögensgegenständen für drei Jahre und die Streikverbot, aber Verboten.

Ein besonderer Hinweisgeber wird genannt werden, um die für sich aus dem Ausland zu verfahren. Er wird keine Ausnahmefälle betonen, sondern den kleinen landwirtschaftlichen Zielungen widmen, die von Erwerbslosen in der Nähe von größeren Städten betrieben werden. Die Kapitalisierung von geschäftlichen Unternehmungen soll herabgesetzt werden, um den veränderten Wirtschaftsverhältnissen zu entsprechen.

Im Formort heißt es, daß in Kürze noch weitere Notverordnungen folgen werden. Diese sollen zusammen mit den bisher erlassenen eine allgemeine Preisbremse herbeiführen, um Deutschland insand zu ziehen. Keine Position in internationalen Verhandlungen zu führen, ob eine endgültige Lösung der

Gandhi unzufrieden mit Konferenzverlauf.

London. Mahatma Gandhi, der Führer der indischen Freiheitsbewegung, der nunmehr nahezu einen Monat zur Konferenz in London verweilt, beginnt unruhig zu werden und befürchtet, daß er unermüdeter Sache nach Indien zurückkehren muß.

Der Mahatma erklärte, daß er bislang nichts erreicht habe, als Englands Arme und Besatztruppen zu lösen. Er fügte hinzu, daß er bis nach den britischen Wahlen, bleiben werde, dazu aber von der Regierung gewisse Änderungen über ihre zukünftige Indienpolitik haben müßte.

Gandhi bestritt, daß es in Indien zum offenen Kampf gegen England kommen wird, wenn er mit leeren Händen heimkehrt. Ein solcher Kampf wird nach Gandhis Überzeugung auch die inderische Möglichkeit von blutigen Kämpfen zwischen den einzelnen Gruppen der indischen Bevölkerung bringen.

Ohne Abrüstung kein Moratorium.

Präsident Hoover macht Abrüstung zur Bedingung, wenn Moratorium ausgedehnt werden soll.

Washington. Präsident Hoover wird in Hiesigen, Anredenungen mit dem französischen Premier Laval, der in zwei Wochen hier fällt, ist die Ausdehnung der Rüstung für militärische Zwecke mit der Welt messen und sie mit den Schuldenabzahlungen vergleichen. Die diese Rüstung der Staaten zu leisten haben. Der Präsident hat schon lange den Standpunkt vertreten, daß Frankreich und die andere Nationen, wenn sie ihre Rüstungen einschränken wollten, damit Deutschland zur Herstellung ihrer wirtschaftlichen Lage beitragen können.

Kritiker des Präsidenten haben sich deutlicher ausgesprochen, indem sie sagten, die Rüstung Europas könnten, wenn sie insandte sind, Hindernisse für militärische Zwecke ausgeben, auch die Schulden bei Carl Sam beschließen.

Präsident Hoover hat sich entschieden, die Abrüstung der Rüstung als Preis für eine Verlängerung des Moratoriums, das nächsten Juni abläuft, zu fordern. Die amerikanische Regierung befißt darauf, daß Zahlungsunfähigkeit bei der Vermögensübertragung eines weiteren Moratoriums der ausfallende Faktor ist. Prä-

Kommunität. Die atlantische Flotte der britischen Marine hat Befehl erhalten, in See zu ziehen und die Kreuzfahrt, die wegen der Unruhe infolge von Ausrüstung der Schiffe abgebrochen war, wieder aufzunehmen. Die Flotte wird in schottische Gewässer zurückkehren. Die Mannschaften an Bord scheinen mit den Vorkommnissen zufrieden zu sein, die am letzten Samstag von der Admiralität demühtigt wurden, intrieben zu sein.

Verdrängte Schritte werden getan, um feindliche Aktivitäten aufzuhalten, die verhindert haben sollen, Kurieren unter den Seeleuten der Flotte anzufragen. Zwei angebliche Kommunisten befinden sich in Portsmouth in Haft, unter Verdächtigung der Anreizung von Matrosen zur Revolte.

MacDonalds Großbritannien bereitet sich jetzt auf die allgemeinen Wahlen am 27. Oktober vor, nachdem Ministerpräsident Ramsay MacDonald nach die Warnung erlassen hatte, daß eine stabile Regierung ins Leben gerufen werden muß, um Finanzkrise, soziale Notlage und vertriebt auch Revolution zu vermeiden. In einer Ansprache forderte er zur Unterstützung einer Nationalregierung auf. Der Ministerpräsident beabsichtigt das frühere Arbeiterkabinett, aber seine eigenen Parteigenossen, daß es nicht ein ungeordnetes Kabinett, die von dem Ministerpräsidenten ernannt werden soll, entgegen hätte. Er sagte, daß die Aussichten der Nationalregierung auf Durchführung der „hinterlassenen“ Aufgabe ansehlich gut gewesen wären. „Durch gewisse Zwischenfälle in der Marine, die übertrieben und falsch dargestellt in der ganzen Welt bekannt wurden, wurde die Aufgabe, für welche die Nationalregierung ins Leben gerufen worden war, vertriebt.“ erklärte er. „Damit wäre es auf den pathischen Streik der Matrosen der britischen Seemarine.“

MacDonalds führte damit aus, daß das Ergründungsangebot und die Sparmaßnahmen der Regierung eine Katastrophe verhindern, als der Weltstand für England aufgeboben wurde. Auch behauptete er, daß der Staat konfessiert werden würde, falls nicht ein Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme hergestellt werde. Er sagte, die Regierung werde verhindern, die Einfuhr durch ein Berbot gewisser Warenartikel und andere unnötiger Dinge zu verringern. „Auch werde ein Zoll inbetracht gezogen, der die Einfuhr von Artikeln nach dem Inland erschweren werde.“

Er wies hin auf die Unbehagen, die durch die Steuererhöhungen ärgere, aber sagte, er sei mir, daß die Opfer ein Recht bedeuten im Vergleich mit den Leiden, die Japan auferlegt würde, wenn der Wert der australischen Währung auf die Hälfte sinken würde. Dann wies er auf eine Woche vor, daß er die Wahlen mit dem Ziel, die Jahre Änder zu erröden und Frieden zu stiften, erklärte er.

Hoover und Hoover in einer aufsehenerregenden des deutsche Konferenz, die Präsident Hoover Moratorium. mit Kongressführern beider Parteien abhielt, fügte er Schritte vor, die auf eine Klüftung zwischen den Dollars gezielten. Die Wahlen zu bringen, das Vertrauen wieder zu beleben und ein normales Wirtschaftsleben anzuführen. Die sein Programm wurde von den Teilnehmern der

Konferenz im Weißen Haus in Prinzip zugestimmt. Präsident Hoover fügte auch an, daß er eine Verlängerung des deutschen Moratoriums antragen wird, wenn Ministerpräsident Laval von Frankreich sich Ende dieses Monats in Washington einstellt. Diefen Abreden wurde jedoch sowohl durch Republikaner, als auch durch Demokraten eigene und energische Opposition zurück. Der Präsident ließ nicht erkennen, ob er seine Absicht aufgeben wird.

Das Finanzprogramm Präsident Hoovers mußte ausgearbeitet, um der Welt ein Ende zu machen, um die Grundlosigkeit bestehender Gerüchte nachzuweisen und um das „Sorgen“ von Geld zu unterbinden. Es sieht folgende Maßnahmen vor:

1. Bildung einer Bankierskorporation mit einem Kapital von mindestens \$500.000.000, um solche Bankaktien zu diskontieren, die bei den Bundesreservereuehen nicht zugelassen sind. Diefen Plan stimmten schon viele Bankiers zu und die New York Clearing House Association genehmigte schon \$150.000.000 für diesen Zweck. Schatzsekretär Mellon gab an, daß die noch verbleibende Summe ohne Schwierigkeiten aufgebracht werden könne.

2. Ernennung von Bankierskomitee durch die Bundesreservereuehen, mit dem Zweck, Vorläufe auf die Aktien geldlöseren Banken zu gewähren, damit den Einlegern ein Teil ihrer Gelder ohne langes Warten erteilt werden kann.

3. Schritte des Senates zur Erweiterung der Grundlage des Bundesreservereuehen, um den Aktinas der Reservereuehen eine größere Nützlichkeit zu beschaffen.
4. Wenn nötig, wird Präsident Hoover die Schaffung einer Finanzkorporation empfehlen, die der Kriegsanstaltorganisation ähnlich sein soll. Ihr werden gemüht Gelder zur Gewährung geredit verfertiger Kredite zur Verfügung gestellt.
5. Verdrängung gemühter Regierungsgelder an Bundeslandbanken, um den Farmern größerer Kredite gewährt zu können.

Fünf Millionen Sklaven.

Nicht allgemein bekannt dürfte es sein, daß es in verschiedenen Ländern, in Indien, Persien, Arabien, China, Afrika und Liberia noch etwa fünf Millionen Sklaven gibt. In dem Regierungsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Liberia, die Sklaverei abgeschafft worden, aber die „Big Brothers“ in Monrovia, seiner Hauptstadt, Abkömmlinge von amerikanischen Negern, haben immer noch ihre „Hausknechte“ und füllen ihre Leeren Taschen damit, daß sie die Sklaven in das Hinterland verschleppen, die aufgeführten Kolonien geborenen als Sklaven an die spanischen Kolonien verkaufen. Sklaven, die fürstlich zur Veranlassung von Kas Tafari Welomera, der sich als Kaiser Ethiope am 2. November vorigen Jahres zum Kaiser krönte, sich, keine konstitutionelle Bestätigung eingeholt, und in die Höhe nicht mehr die Sklaverei, die aufgehoben wurde. Der König der Könige von Äthiopien, der eroberte König Jada's, und der Erbkönig Galtas, wie er sich nennt, will von Sklaverei angeblich nichts mehr wissen, trotzdem sie eine der Haupterwerbquellen seines Landes bildet. In dem unter britischer Oberhoheit stehenden Kramadi Delta, das zu der Firma gehört, scheint trotz aller quantitativen Verbesserungen die Sklaverei sich nicht auerotten zu lassen.

Scharfes Eingreifen der deutschen Regierung.

Neue Notverordnungen umfassen politische, wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen.

Berlin. Die dringlich erdicht-maldischen umstehenden neuen Notverordnungen, die von Reichspräsident von Hindenburg unterzeichnet und veröffentlicht wurden, werden jeden Deutschen zwingen, sich weiter der größten Einschränkungen zu befehligen.

Es werden auch die regierungsfeindlichen politischen Gruppen jenseits der Welt auf der Hut zu sein, um nicht mit neuen weitgehenden Beschränkungen der Regierung in Konflikt zu geraten. Die noch strengere politische Beobachter zu anspruchsvollen werden können, daß die jetzt fundamentalen Bürgerrechte, wie die Unverletzlichkeit der Person, des Hauses und des Postgeheimnisses anberufen können.

Unter den Noterlassen und Hilfe in die Gemeinden und Länder, um ausländische Gläubiger zu versöhnen, kurzfristige Maßnahmen in langfristige umzuwandeln, Ungleichbehandlung von langfristigen Krediten zwischen Privatfirmen und Angehörigen über Schalter von mehr als 10.000 Mark jährlich, die Zahlung von einem Drittel der Erwerbslosenunterstützung in Kassen, die Entlassung des Restbaus von Vermögensgegenständen für drei Jahre und die Streikverbot, aber Verboten.

Ein besonderer Hinweisgeber wird genannt werden, um die für sich aus dem Ausland zu verfahren. Er wird keine Ausnahmefälle betonen, sondern den kleinen landwirtschaftlichen Zielungen widmen, die von Erwerbslosen in der Nähe von größeren Städten betrieben werden. Die Kapitalisierung von geschäftlichen Unternehmungen soll herabgesetzt werden, um den veränderten Wirtschaftsverhältnissen zu entsprechen.

Im Formort heißt es, daß in Kürze noch weitere Notverordnungen folgen werden. Diese sollen zusammen mit den bisher erlassenen eine allgemeine Preisbremse herbeiführen, um Deutschland insand zu ziehen. Keine Position in internationalen Verhandlungen zu führen, ob eine endgültige Lösung der

Ohne Abrüstung kein Moratorium.

Präsident Hoover macht Abrüstung zur Bedingung, wenn Moratorium ausgedehnt werden soll.

Washington. Präsident Hoover wird in Hiesigen, Anredenungen mit dem französischen Premier Laval, der in zwei Wochen hier fällt, ist die Ausdehnung der Rüstung für militärische Zwecke mit der Welt messen und sie mit den Schuldenabzahlungen vergleichen. Die diese Rüstung der Staaten zu leisten haben. Der Präsident hat schon lange den Standpunkt vertreten, daß Frankreich und die andere Nationen, wenn sie ihre Rüstungen einschränken wollten, damit Deutschland zur Herstellung ihrer wirtschaftlichen Lage beitragen können.

Kritiker des Präsidenten haben sich deutlicher ausgesprochen, indem sie sagten, die Rüstung Europas könnten, wenn sie insandte sind, Hindernisse für militärische Zwecke ausgeben, auch die Schulden bei Carl Sam beschließen.

Präsident Hoover hat sich entschieden, die Abrüstung der Rüstung als Preis für eine Verlängerung des Moratoriums, das nächsten Juni abläuft, zu fordern. Die amerikanische Regierung befißt darauf, daß Zahlungsunfähigkeit bei der Vermögensübertragung eines weiteren Moratoriums der ausfallende Faktor ist. Prä-

Präsident Hoover hat sich entschieden, die Abrüstung der Rüstung als Preis für eine Verlängerung des Moratoriums, das nächsten Juni abläuft, zu fordern. Die amerikanische Regierung befißt darauf, daß Zahlungsunfähigkeit bei der Vermögensübertragung eines weiteren Moratoriums der ausfallende Faktor ist. Prä-

Der Präsident ist der Ansicht, daß die Welt durch die Klüftungsfestung ungenügend beeinflusst wird.

Es wurde darauf hingewiesen, daß Präsident Hoover schon letzten Mai, als er vor der internationalen Handelskonferenz eine Rede hielt, die folgende Erklärung enthalten habe: Internationales Zusammenwirken kann bedeutsam in der Ermöglichung der Steigerung der Welt erzielten, eine „Dauerkrise“ der Unruhe befehligen und höheres Vertrauen auf die lange Zukunft herstellen, wenn die Klüftung befehligen und befehligen werden. Die großen Klüftungsfestungen und andauernd eine Würde, die der wirtschaftlichen Erholung der Welt im Wege steht.“

Toter schwedischer Dichter erhält Nobelpreis.

Stockholm. Der diesjährige Nobelpreis für Literatur wurde nachträglich dem verstorbenen schwedischen Dichter Dr. Eric Axel Karlfeldt zuerkannt, womit die schwedische Akademie, welche den Preis zu vergeben hat, zum ersten Male eines ihrer Mitglieder durch die große Auszeichnung geehrt hat.

Dr. Karlfeldt, welcher der permanente Sekretär der Akademie und der Vorsitzende ihres Nobelpreiskomitees war, ist am 7. April gestorben. Solange er lebte, entzog er sich dieser hohen angetragenen Ehreng. Er galt seit langer Zeit als einer der größten zeitgenössischen Dichter Schwedens; er wurde 1907 in die schwedische Akademie aufgenommen.

Stimmenlauf auf Pumpy in Chile.

Santiago, Chile. Vor dem Austritt des geschiedenen Präsidenten Alessandri richteten sich 500 Bauern zusammen, welche die Bezahlung von je 10 Pesos auf Anweisungen verlangen, in welchen den Leuten die für Alessandri stimmten, das Geld verdrängt werden war.

Alessandri hielt von seinem Palast herab eine Ansprache an die Bauern, in welcher er sagte, ihm seien solche Anweisungen nie zu Gesicht gekommen, er faufe keine Stimmen und habe auch kein Geld, die Anweisungen zu honorieren. Es heißt, daß diese politische Gefolgshaft in ihrem Ueberreifer die Anweisungen ausgegeben hat.



Präsident Hoover.